

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 34 (1987)
Heft: 11-12

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neuorientierung im Zivilschutz?

ush. Niemand wird die Aktualisierung des Zivilschutz im Laufe der jüngstvergangenen Zeit bestreiten wollen. Die Gründe dazu (u.a. die Ereignisse von Tschernobyl und dem Chemiegrossbrand von Basel) sind bekannt. Soll nun – und wenn ja, wo, wann und wie – im Zivilschutz «etwas» geändert werden? Dazu haben wir einigen Parlamentariern und Parteien fünf Fragen gestellt.



Felix Auer
Dr. rer. pol.
Nationalrat FDP/BL

▲ In welcher Richtung sehen Sie eine Neuformulierung oder Anpassung des Art. 1 des Zivilschutzgesetzes?

Eine Gleichstellung des Zivilschutzes als Instrument der Gesamtverteidigung und des Schutzes bei «zivilen» Katastrophen würde zu weit gehen: Im ersten Fall ist der ZS Partner vor allem der Armee, im zweiten der zivilen Katastrophenorganisationen (Polizei, Feuerwehr usw.). Die bestehende Kann-Formel genügt jedoch nicht. Die zivile Not-hilfe ist aufzuwerten.

▲ Welche Bereiche des Zivilschutz sind angesichts der neuen zivilisatorischen Bedrohungsformen auszubauen und in welche Prioritätenfolge setzen Sie diese?

In erster Linie die Ausbildung. Diese ist zu intensivieren und, soweit dies überhaupt möglich ist, «realitätsnäher» zu gestalten. Das Referat von Rüstungschef Felix Wittlin (Delegiertenversammlung 1986) zeigt überzeugend Wege dazu auf.



Hansjörg Braunschweig
Dr. iur.
Nationalrat SP/ZH

Ein für die Mehrheit des Volkes glaubwürdiger Zivilschutz müsste auf den Ernstfall heute, auf Umwelt- und Naturkatastrophen im Sinne von BV Art. 22 bis Ziffer 7 («zur Nothilfe») und in Verbindung mit Art. 9/10 Umweltschutzgesetz ausgerichtet sein und gemeindeweise die Inventarisierung von Gefahren und Risiken sowie deren Verminderung oder Ausschaltung umfassen, aufgebaut auf Nachbarschaftshilfe, Fachleuten, örtlicher Privatwirtschaft, Samaritern, Feuerwehr, Polizei usw.

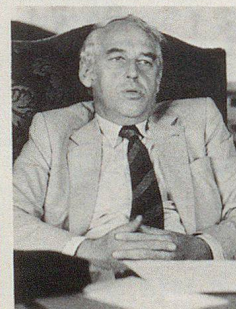
Prof. Hans C. Binswanger von der Hochschule St.Gallen fordert mit Recht, «dass das «Restrisiko» für Gross-Katastrophen im Stile von Tschernobyl, Bhopal oder Basel auf Null reduziert wird». Diese Forderung, die sich auch an den Zivilschutz richtet, gewinnt durch die jüngsten Katastrophen in Frankreich (Nantes) und in den USA an Dringlichkeit. Prioritäten für die Übergangszeit: Funktionierende Alarmsysteme, Meldepflicht bestehender Risiken und Information der Bevölkerung.



Barbara Gurtner
Sekretärin
alt-Nationalrätin
Poch/BE

Der Zivilschutz sollte meiner Meinung nach kein Teil der Gesamtverteidigung sein, sondern eine zivile, dezentrale und auf die lokalen Besonderheiten ausgerichtete Hilfsorganisation bei Naturkatastrophen.

Ich halte nichts von einem weiteren Ausbau des Zivilschutzes. Ich befürworte im Gegenteil eine Dezentralisierung und Beschränkung auf Hilfeleistungen bei Naturkatastrophen. Die so freiwerdenden finanziellen Mittel sollten zum Ausstieg aus lebensbedrohenden Industrien (Atom, Chemie) verwendet werden.



Helmut Hubacher
Sekretär
Gewerkschafts-
kartell
Nationalrat SP/BS

Das Zivilschutz-Konzept müsste völlig neu überdacht werden. Heute werden mit dem Zivilschutz Erwartungen geschürt, die unrealistisch sind. Die offizielle Sicherheitsdoktrin schiebt dem Zivilschutz vor allem eine psychologische Rolle zu: Die Zivilbevölkerung soll beruhigt und im Glauben gelassen werden, die Sicherheit sei in jedem Fall gewährleistet, das heisst Sicherheit sogar gegen Atombomben oder gegen Reaktor-katastrophen. Die Philosophie der falschen Sicherheit ist in Friedenszeiten praktisch und wäre in Kriegs- und Katastrophenfällen verheerend. Der Zivilschutz ist nur bedingt einsatzbereit. Möglichkeiten und Grenzen sind realistisch auszuloten und auch öffentlich zuzugestehen.

Die Maulwurf-Ideologie, das heisst die offizielle Doktrin, im militärischen Katastrophenfall sei für jede Schweizerin und für jeden Schweizer ein Schutzraumplatz reserviert, das heisst es sei in jeder Situation für die Sicherheit gesorgt, mag in Friedenszeiten als Beruhigungsstrategie ihren Sinn und Wert haben. In einem Ernstfall hätte diese Einsatzdoktrin kaum Überlebenschancen. Sie geht zu sehr von der totalen Sicherheit, von der Beherrschbarkeit des militärischen oder des zivilen Katastrophenfalles aus. Realistischerweise ist die Schutzfunktion des Zivilschutzes begrenzt. Ihre Frage, wie und wo der Zivilschutz noch auszubauen sei, muss meiner Meinung nach umgekehrt

Fortsetzung auf Seite 24

▲ Was halten Sie von der sofortigen Bezugsbereitschaft der öffentlichen und privaten Schutzräume und zu wieviel Prozent sollen diese freigehalten werden für Sofortbezug?

Es wird aus psychologischen Gründen schwerlich möglich sein, eine «sofortige» Bezugsbereitschaft sicherzustellen. Doch zwischen den jetzt offensichtlich unbefriedigenden Verhältnissen und dem – auch im Sinne der Dissuasion wünschbaren – «Idealzustand» gibt es immerhin Zwischenstufen. Der befragte Prozentsatz ist veränderten Bedrohungslagen anzupassen.

▲ Wie stellen Sie sich grundsätzlich zur Abgabe der persönlichen Ausrüstung für die ganze ZS-Dienstdauer; wer allenfalls soll die entsprechende Organisation gesamtschweizerisch übernehmen – wer die Kosten?

Was beim Soldaten billig ist, muss auch dem Zivilschützer recht sein. Organisation und Kosten sind primär Sache der Gemeinden und Kantone. Um erhöhte «Betriebskosten» werden wir beim ZS ohnehin nicht herumkommen.

▲ Was halten Sie von einer allfälligen Bewaffnung der ZSOs?

Die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Angreifer ist Sache der Armee. Doch spricht es nicht gegen die «zivile» Aufgabe des ZS, wenn dieser, sollte er bei der Erfüllung seiner Aufgabe durch Plünderer oder Terroristen gewaltsam behindert werden, darauf auch gewaltsam reagiert.

Frage 3 und Frage 4 (gemeinsam)

Die Tatsache, dass in Basel-Stadt am 1. November 1986 von 4200 Schutzräumen 2800 nicht brauchbar waren und offenbar auch heute noch nicht für den sofortigen Bezug bereitstehen, ist ein deutlicher Fingerzeig, dass entweder die Verantwortlichen den nicht kriegerischen Ernstfall und die verkürzte Vorwarnzeit kriegerischer Ereignisse ins Auge gefasst haben, oder dass das bestehende Schutzraumkonzept nicht mehr zeit-

gemäss ist oder nur mit polizeistaatlicher Kontrolle realisiert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz formulierte am 19. Juli 1987: «Die totale Schutzraumsicherheit basiert auf einem Trugschluss, ist gefährlich und soll die Bevölkerung in falsche Sicherheit wiegen».

Dass die Frage nach der Bewaffnung gerade heute gestellt wird, ist ein Hinweis, dass bei den Verantwortlichen des Zivilschutzes ein Umdenken auf Umwelt- und Naturkatastrophen nicht stattfindet. Damit wird der Graben zwischen Zivilschutz und Volk immer breiter. Es dürfte auch kein Zufall sein, dass diese Diskussion ausgelöst worden ist, bevor die «Arbeitsgruppe Einsatz des Zivilschutzes zur Nothilfe bei Katastrophen in Friedenszeiten» – immerhin eingesetzt von Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp – ihre Arbeit abgeschlossen hat.

Heute gilt es vor allem, Kriege und grossindustrielle Katastrophen zu verhindern anstatt sich darauf vorzubereiten. Der Zivilschutz wäre bei einem Atomkrieg weitgehend nutzlos und hat bei Schweizerhalle völlig versagt. Friedensforschung und -erziehung wären auf jeden Fall sinnvoller als ein sofortiger Schutzraumbezug.

Dieser bürokratische und kostspielige Leerlauf muss vermieden werden. Er trägt nur zur Kriegshysterie bei und vermittelt den Irrglauben, alle Industriekatastrophen seien mit technischen Mitteln zu bewältigen.

Die Bewaffnung des Zivilschutzes ist als weiterer Schritt der Militarisierung der Gesellschaft abzulehnen. Mit einer Bürgerwehrmentalität und dem Schwarz-Weissdenken in Feindbildern lassen sich keine Probleme lösen. Wenn sich die demokratische Gesellschaft den militärischen Sachzwängen völlig unterordnet, gibt sie sich selber auf und wird zu einer nicht mehr verteidigungswürdigen Diktatur.

Wenn schon, dann schon! Schutzräume sind zum Schutz der zu schützenden Menschen da und sind nicht versteckte Lagerhallen. Nur: dieser Schutz ist sehr fragwürdig und teilweise illusorisch. Von daher ist die Bereitstellung wiederum nicht so dramatisch und vor allem im Blick auf die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht sehr realistisch.

Wenn der Zivilschutz vermehrt Katastrophenhilfscorps wird, dann soll die Ausrüstung zum Teil ruhig persönlich abgegeben werden. Bei der Armee ist die Finanzierung klar, der Bund bezahlt. Weshalb nicht auch beim zivilen und militärischen Katastrophenschutz?

Davon halte ich gar nichts. Der Zivilschutz ist keine Antiterror-Truppe, dafür fehlen sämtliche Voraussetzungen. Zudem besteht für Schutzräume bzw. für deren Blockierung nicht einfach allein die Gefahr durch potentielle Terroristen, die viel grössere Bedrohung entsteht aus radioaktiven «Edelgasen», wie die Atomlobby ausströmende Radioaktivität aus Atomkraftwerken liebevoll zu bezeichnen pflegt.



Beda Humbel
Notar
Nationalrat,
CVP/AG

▲ In welcher Richtung sehen Sie eine Neuformulierung oder Anpassung des Art. 1 des Zivilschutzgesetzes?

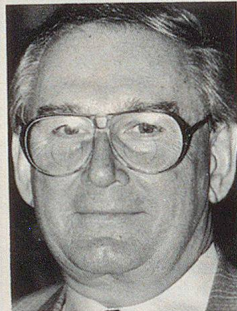
Der Zweckartikel im Bundesgesetz über den Zivilschutz, insbesondere Abs. 3 in Art. 1, ist mir zuwenig imperativ. Fast beiläufig heisst es dort, dass «der Zivilschutz ausserdem in Friedenszeiten eingesetzt werden» könne. Anlässlich der Beratung des bundesrätlichen Zwischenberichtes zum Stand des Zivilschutzes im Nationalrat (Dezember 1983) habe ich darauf hingewiesen, dass der Zivilschutz vor allem für den Einsatz in Not- und Katastrophenfällen bedeutend mehr hervorgehoben werden müsse. Dieser Hinweis ist nach Schweizerhalle (November 1986) und nach den Unwetterkatastrophen 1987 bestätigt worden. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, mit meiner Motion in der Frühjahrs-session 1987 eine Neuformulierung des Zivilschutzgesetzes zu fordern.

▲ Welche Bereiche des Zivilschutz sind angesichts der neuen zivilisatorischen Bedrohungsformen auszubauen und in welcher Prioritätenfolge setzen Sie diese?

Da werden die Meinungen auseinandergelassen, welche Dienste unserer Schutzorganisationen besser ausgebaut werden sollen. Zwei Dienste haben in den letzten zwei Monaten einen beachtlichen Stellenwert erhalten:

- Pionier- und Brandschutzdienst
- AC-Schutzdienst.

Vor allem hier müssen Schwergewichte gebildet werden.



Markus Kündig
Präsident SGV
Ständerat CVP/ZG

Im Herbst dieses Jahres habe ich im Ständerat eine Interpellation eingereicht zur Frage der Einsatzdoktrin des Zivilschutzes. Bevor die Aufgabe und die Möglichkeiten der Leistungen des Zivilschutzes ausdiskutiert sind, ist es nicht sinnvoll, sich über die Gesetzesänderung festzulegen. Auf den ersten Blick sehe ich ein Abkehren von zu stark kriegsbehaftetem Einsatz der Mittel auf eine polyvalentere Verwendung.

Im Falle von grösseren Umweltereignissen wie Atomunfälle aber auch Überschwemmungen und Chemieunfällen taucht unweigerlich die Frage auf, wie weit unsere Zivilschutzorganisation, die bewusst eine Einsatzphilosophie der zweiten Stufe hat, eingesetzt werden könnte. Ich glaube, dass solche Fälle genauestens zu analysieren wären.



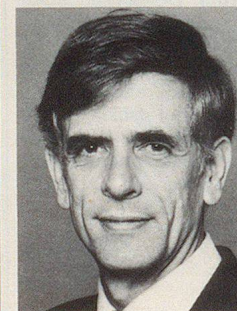
Hans Schärli
Drogist
Nationalrat CVP/LU

Am Hauptauftrag des Zivilschutzes, wie er aus dem Bundesverfassungsartikel 22 bis hervorgeht, soll nicht gerüttelt werden. Der Zivilschutz ist, wie aus dem Zweckartikel 1 des eidgenössischen Zivilschutzgesetzes hervorgeht, ein Teil unserer Landesverteidigung.

Als Folge der Ereignisse von Tschernobyl und Schweizerhalle und den daraus resultierenden Folgen sollte der Zweckartikel des Bundesgesetzes über den Zivilschutz in dem Sinne modifiziert werden, dass die Bedeutung des Zivilschutzes für den Einsatz zur Nothilfe verstärkt zum Ausdruck gebracht wird. Die heute allzu enge Umschreibung des Begriffes Katastrophenhilfe sollte durch eine etwas weiter gefasste Umschreibung ersetzt werden.

In grösseren Gemeinden und unter Berücksichtigung des von Ort zu Ort sehr unterschiedlichen Gefahrenpotentials sollte recht gezielt die Schaffung von speziellen Elementen für Soforteinsätze an die Hand genommen werden. Dabei geht es nicht darum, die heute vorhandenen und gut ausgebauten Strukturen wie Bauämter, EW-Dienste, Feuerwehren, Sanitätsdienst, Samaritervereine usw. welche für den Erst- oder Soforteinsatz aufgebaut sind, zu konkurrenzieren, sondern diese allenfalls im Einsatz zu ergänzen und bei längerdauernden Einsätzen abzulösen.

Zu denken ist dabei auch an Leitungselemente und Strukturen des Zivilschutzes zur Verstärkung der Gemeindeführungsstäbe, welche für grössere Einsätze organisiert und aufgestellt werden müssen.



Hugo Wick
Dr. med.
Nationalrat CVP/BS

Vorbemerkung:

Ich bin kein Spezialist für Zivilschutzfragen. Eine Bewachung der Zivilschutzrichtungen erscheint mir aber notwendig. Wenn diese durch die Armee (z.B. Bewachungseinheiten des HD, des Landsturms) nicht wahrgenommen werden können, stellt sich tatsächlich die Frage einer teilweisen Bewaffnung.

Ich könnte mir dabei vorstellen, dass ehemalige Wehrmänner, die in den Zivilschutz umgeteilt werden und bereits über die nötigen Kenntnisse verfügen, mit den Bewachungsaufgaben betraut werden sollten.

Zu Frage 1: Ein solches Konzept benötigt möglicherweise eine Anpassung des Art. 1 des Zivilschutzgesetzes.

keine Antwort

▲ Was halten Sie von der sofortigen Bezugsbereitschaft der öffentlichen und privaten Schutzräume und zu wieviel Prozent sollen diese freigehalten werden für Sofortbezug?

Vorerst müssen die Schutzräume innert der gesetzten Frist eingerichtet werden. Ich bin Befürworter einer sofortigen Bezugsbereitschaft. Ein Sofortbezug muss hundertprozentig gewährleistet sein, das heisst in wenigen Stunden müssen öffentliche oder private Schutzräume bezogen werden können.

Die Fragestellung ist meines Erachtens zu technisch, um von einem Politiker beantwortet werden zu können. Unsere Forderung muss so lauten, dass die Schutzmöglichkeiten gleich welcher Form in jeder echten Bedrohungslage rechtzeitig zur Verfügung stehen müssen, wobei der Grad der Perfektion auch zu einem späteren Zeitpunkt erhöht werden kann.

Im Falle der Erstellung der sofortigen und überraschenden Einsatzbereitschaft der Schutzräume wäre es sicher von Vorteil, wenn die heute vorhandenen Schutzräume nicht nur leer stehen würden, sondern wenn die hierfür vorgesehene Schutzraumausrüstung beschafft wäre. Die neue Zivilschutzgesetzgebung des Bundes verlangt die nachträgliche Beschaffung der Ausrüstung bis 1995.

Aus wirtschaftlichen und auch aus anderen Überlegungen wäre es kaum tragbar zu verlangen, dass die heute von den privaten Hausbesitzern genutzten Schutzräume für den Sofortbezug freigehalten werden müssten. Bei der Planung dieser Bauten und bei der Baueingabe ist man beim Aufstellen des Raumprogrammes von einer polyvalenten Nutzung der Schutzraumflächen ausgegangen. Diese werden heute vor allem als Hauskeller verwendet.

Dasselbe trifft auch für die Schutzräume der Gewerbebetriebe zu.

Hingegen ist es durchaus denkbar, dass bei den Schutzräumen in öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Schutzräumen eine grössere Schutzraumfläche permanent für den Sofortbezug bereitgehalten und eingerichtet werden sollte. Der Prozentsatz dürfte je nach Lage dieser Schutzräume sicher 50 % betragen.

Sofortige Bezugsbereitschaft ist begrüssenswert.

▲ Wie stellen Sie sich grundsätzlich zur Abgabe der persönlichen Ausrüstung für die ganze ZS-Dienstdauer; wer allenfalls soll die entsprechende Organisation gesamtschweizerisch übernehmen – wer die Kosten?

Es wäre ideal, wenn die persönliche Ausrüstung jedem Schutzdienstpflichtigen zu Eigentum abgegeben werden könnte, nicht nur «soweit notwendig» und «leihweise», wie es in Art. 64 Abs. 2 des Zivilschutzgesetzes vorgesehen ist. So könnte der Zivilschutz rascher einsatzbereit sein. Die für die Organisation verantwortliche Gemeinde müsste die Kosten tragen. Ein Versuch würde sich lohnen.

Sofern es als sinnvoll erachtet wird, die gesamte Ausrüstung oder Teile davon den Zivilschutzangehörigen abzugeben oder sogar die ganze Bevölkerung auszurüsten, würde ich dies empfehlen. Über die Kostenverteilung kann man erst befinden, wenn der gesamte Aufwand bekannt ist, wobei ich eine Kostenbeteiligung des einzelnen Bürgers nicht ausschliesse.

Nachdem die Bundesgesetzgebung die Gratisabgabe der persönlichen Ausrüstung für die Zivilschutzpflichtigen schon heute vorsieht, wäre eine Heimabgabe dieser Gegenstände durchaus prüfenswert. Die Schaffung einer gesamtschweizerischen sogenannten Zeughausorganisation wäre wahrscheinlich unumgänglich. Dabei wäre zu prüfen, ob die heute vorhandenen Zeughäuser mit der Übernahme der Arbeiten und der damit entstehenden Kosten betraut werden könnten. Es sollte unbedingt vermieden werden, dass neue Strukturen aufgebaut werden, welche einander konkurrieren. Dass in gewissen Gebieten unseres Landes heute nicht abgedeckte ergänzende Organisationen geschaffen werden müssen, ist jedoch möglich.

keine Antwort

▲ Was halten Sie von einer allfälligen Bewaffnung der ZSOs?

Eine allfällige Bewaffnung sehe ich höchstens beim Überwachungsdienst, und dies nur bei der Erfüllung von Bewachungsaufgaben und nur in Verbindung mit den Polizeiorganen. Auch ehemalige Polizisten müssen bei der Einteilung und beim Einsatz nicht vergessen werden.

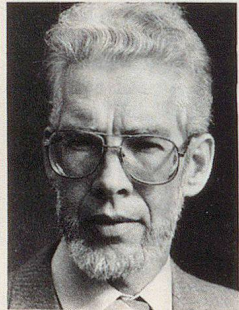
Aus der heutigen Sicht des Zivilschutzes und der vorhandenen Struktur der Armee erachte ich es als richtig, dass der Zivilschutz nicht bewaffnet ist. Seine Hauptaufgabe sollte nicht durch Kampfaufgaben verdrängt werden. Der Zivilschutz soll auch im Falle von Besetzung als Organisation zur Verfügung stehen.

Eine Bewaffnung der Zivilschutzorganisationen (ZSO) kommt meines Erachtens, auch nur zum Zwecke des Selbstschutzes, nicht in Frage.

siehe Vorbemerkung

▣ In welcher Richtung sehen Sie eine Neuformulierung oder Anpassung des Art. 1 des Zivilschutzgesetzes?

▣ Welche Bereiche des Zivilschutzes sind angesichts der neuen zivilisatorischen Bedrohungsformen auszubauen und in welcher Prioritätenfolge setzen Sie diese?



Otto Zwygart
Sekundarlehrer
Nationalrat EVP/BE

Eine Erweiterung ist notwendig für den Einsatz des Zivilschutzes in Friedenszeiten (Absatz 3). Hilfeleistungen im Katastrophenfall sind durch die verdichtete Siedlungsstruktur gezielter zu ermöglichen.

Ungelöst sind für mich vor allem Probleme, die sich durch unsere mobile Gesellschaft ergeben. Durch die Trennung von Wohn- und Berufsort sowie von Produktions- und Konsumort können unterbrochene Verkehrsachsen verheerende Folgen haben. Betriebsunfälle im Bereich der Grosstechnik und – wenn auch etwas entfernt – der Zusammenbruch der Schutzwälder sind leider keine Utopien.

CVP
Schweiz

CVP-Fraktion

«Landesverteidigung» in Absatz 1 ist durch «Gesamtverteidigung» zu ersetzen. Absatz 3 ist Absatz 2 gleichzustellen. Nach unseren Vorstellungen sollte der Zivilschutz in Zukunft zum Katastrophenschutz ausgebaut werden. Nach den schweren Unwettern in Uri, Graubünden und Wallis, nach Tschernobyl und nach Schweizerhalle scheint uns ein im obgenannten Sinn neuformulierter Zweckartikel dringlicher denn je.

Im organisatorischen Bereich sind auszubauen: Alarmierung (mehr Sirenen/Fernsteuerung der Sirenen), Einsatzbereitschaft bestimmter Teile des Zivilschutzes (AC-Schutzdienst), Information (z.B. Hausfrauen auf die Gefahrenpotentiale hinweisen). Ausbildungsmässig sind die Kaderleute noch besser zu schulen.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

FDP-Fraktion

Angesichts neuer zivilisatorischer Bedrohungsformen ist zu prüfen, ob der Zivilschutz nicht vermehrt auch für Katastrophen in Friedenszeiten eingesetzt werden soll. Dazu müsste die Nothilfe im Zweckartikel als Sekundärauftrag aufgeführt werden. Dies würde nichts an der Tatsache ändern, dass der Zivilschutz ein Bestandteil der Gesamtverteidigung ist.

Es gilt in erster Linie alle Belange zu verbessern, die einen raschen Einsatz des Zivilschutzes als Milizorganisation fördern. Erste Priorität kommt dem Ausbau der Alarmierung, zweite Priorität der Verbesserung der Ausbildung und dritte Priorität der vermehrten Auseinandersetzung des Kadres mit der Problematik des Katastrophenfalls zu. Der Einbezug der Frauen ist zu fördern.

LdU

LdU-Fraktion

Der Zivilschutz ist nach wie vor zu stark auf den möglichen Kriegsfall orientiert. Das Bedrohungsbild hat sich geändert: Industrie-, aber auch Umweltkatastrophen bedrohen die Menschen heute mehr. Hier müssen neue Schwerpunkte in Ausbildung und Organisation gesetzt werden.

Der LdU sieht v.a. in den Industrie- und Umweltkatastrophen wichtige Bedrohungsformen. Der Bereich AC-Schutzdienst muss auf die aktuellen Probleme neu ausgerichtet werden. Auch die gesamte Alarmorganisation scheint uns verbesserungswürdig. Die Ausbildung des Pionier- und Brandschutzdienstes und aller anderen Bereiche müssen auf die neuen Bedrohungsformen ausgerichtet werden.

SVP
UDC

SVP-Fraktion

Der Begriff der Landesverteidigung ist durch den Begriff der Gesamtverteidigung zu ersetzen. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Zivilschutz das Überlebensmittel darstellt. Kann-Formel in Absatz 3 durch zwingendere Formulierung ersetzen.

Die SVP fordert auf allen Stufen den Ausbau des Zivilschutzes, insbesondere die Bereitstellung genügender finanzieller Mittel sowie die rasche und umfassende Verbesserung der Ausbildung. Vermehrter Einbezug der Frauen in die Ausbildung. In organisatorischer Hinsicht ist eine Straffung unerlässlich.

Der Zivilschutz muss auch für zivile Katastrophen ausgerüstet und ausgebildet sein. Die in der «Studie Bubenberg» der Bernischen Offiziersgesellschaft (KBOG) gemachten Vorschläge sind weiter zu prüfen.

▲ Was halten Sie von der sofortigen Bezugsbereitschaft der öffentlichen und privaten Schutzräume und zu wieviel Prozent sollen diese freigehalten werden für Sofortbezug?

Die Katastrophen der letzten Jahre haben gezeigt, dass ein Sofortbezug der Schutzräume innerhalb von Stunden möglich sein müsste. Eine diesbezügliche Gesetzesänderung ist in die Wege zu leiten, dass private Schutzräume zu 50 % und öffentliche zu 75 % verfügbar werden.

▲ Wie stellen Sie sich grundsätzlich zur Abgabe der persönlichen Ausrüstung für die ganze ZS-Dienstdauer; wer allenfalls soll die entsprechende Organisation gesamtschweizerisch übernehmen – wer die Kosten?

Ausser der Schutzmaske würde ich kein persönliches Material abgeben. Diese vertrauensschaffende Möglichkeit nach dem Motto: «Dem Soldaten das Gewehr, dem ZS die Gasmasken» darf zwar nicht überbewertet werden, weil trotzdem nicht alle Leute ausgerüstet wären (z.B. Kinder) und für viele gasförmige Gifte kein hinreichender Schutz besteht.

▲ Was halten Sie von einer allfälligen Bewaffnung der ZSOs?

Die Waffe gehört in geschulte und geübte Hände (Polizei, Militär). Die Gefahr der Massenhysterie könnte zu einer Selbstgefährdung führen, die viel grösser ist als etwa die Bedrohung durch Terroristen. In Kriegszeiten würden bewaffnete Personen zudem einen Schutz verlieren, den sie ohne Waffen laut Kriegsrecht haben.

Für die privaten Schutzräume ist die Friedensnutzung beizubehalten. Schon vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her wäre es nicht vertretbar, die privaten Schutzräume über Jahre hinweg nicht zu nutzen. Öffentliche Schutzräume und Schutzräume in öffentlichen Gebäuden sollen künftig für den Sofortbezug freigehalten werden. Diese sollen dementsprechend bezeichnet werden.

Die Abgabe der persönlichen Ausrüstung für die ganze ZS-Dienstdauer ist langfristig anzustreben, hat aber nicht erste Priorität. Übergangsmässig sollten die Pikettformationen die Ausrüstung komplett erhalten (Zeitgewinn bei Einsatz). Die Kosten sollten langfristig die Kantone (u.a. dank Bundessubventionen) übernehmen.

Gemäss Artikel 1 des Zivilschutzgesetzes hat der Zivilschutz keine Kampfaufgaben. Dieser Grundsatz ist beizubehalten. Der Zivilschutz hat in Friedenszeiten bei Katastrophen zu helfen und in Kriegszeiten den Schutz von Personen und Gütern zu gewährleisten. Auf diese Tätigkeiten sollen die Zivilschutzangehörigen auch in Zukunft ausgebildet und vorbereitet werden. Und schon heute ist es möglich, dass Zivilschutzpflichtige der Polizei zur Verfügung gestellt werden (Art. 36a des Zivilschutzgesetzes). Die Bewaffnung des Zivilschutzes drängt sich auch von dieser Seite her nicht auf.

Der Grossteil aller Schutzräume ist heute innert kurzer Zeit bezugsbereit. Die Friedensnutzung wurde zudem vom Gesetzgeber gewollt und entspricht einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Zu prüfen wäre allenfalls, inwieweit öffentliche Schutzräume und Schutzräume in öffentlichen Gebäuden für Überraschungen freigehalten werden können.

Als langfristiges Ziel ist die Abgabe der persönlichen Ausrüstung analog wie beim Eintritt in die Armee anzustreben. Dabei wären die Gemeinden für den Vollzug verantwortlich, der Bund müsste die Kosten übernehmen. Kurzfristig ist die Realisierung aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht möglich.

Der Gesetzgeber hat sich seinerzeit ausdrücklich gegen eine Bewaffnung ausgesprochen. Eine Bewaffnung würde zudem das Ausbildungsproblem noch verschärfen. Der Schutz vor krimineller und terroristischer Bedrohung ist grundsätzlich Aufgabe der Polizeiorgane. Zu deren Verstärkung sieht das Gesetz bereits heute die Abgabe von Leuten des Zivilschutzes an die Polizei und deren allfällige Bewaffnung durch die Polizei vor.

Die sofortige Bezugsbereitschaft ist in unserer Zeit scheinbar eine Notwendigkeit. Damit ist eine weitgehende Einschränkung gegenüber Sondernutzungen unvermeidlich. Wir sind der Ansicht, dass die Schutzräume grundsätzlich bezugsbereit sein müssen.

Die persönliche Ausrüstung soll grundsätzlich für die gesamte Dienstdauer abgegeben werden, da sich damit doch einige Umtriebe während der Dienstzeit vermeiden lassen. Die Organisation soll vom Bundesamt vorgenommen werden.

Der LdU lehnt eine Bewaffnung des Zivilschutzes strikte ab. Mit einer Bewaffnung werden höchstens zusätzliche Dienstverweigerungen provoziert. Im weiteren haben wir unter Frage 1 bereits darauf hingewiesen, dass der LdU eine Umorientierung des Zivilschutzes wünscht. Kommt hinzu, dass der LdU grundsätzlich jede Militarisierung der Gesellschaft strikt ablehnt.

Angesichts der ständig sinkenden militärischen Vorwarnzeiten und der steigenden Möglichkeit ziviler Ereignisse, die eine Evakuierung nötig machen, ist die sofortige, oder zumindest die wesentlich raschere Bezugsbereitschaft ernsthaft zu prüfen. Andererseits erscheint es uns als übertrieben, sämtliche Schutzräume jederzeit freizuhalten (Raumknappheit). Die SVP erwartet von den zuständigen Stellen rasch einen Bericht über den Ist-Zustand und entsprechende Verbesserungsvorschläge. Prüfenwert erscheint insbesondere das Modell der stufenweisen Bereitschaft.

Angesichts der ständig sinkenden Vorwarnzeiten (Vgl. Antwort zu Frage 3) erscheint die Abgabe der persönlichen Ausrüstung als zweckmässig. Das Problem der Mutationen sollte lösbar sein. Die Organisation soll wie bis anhin bei den Gemeinden bzw. den Kantonen verbleiben. Das Gleiche gilt auch für die Tragung der Kosten.

Der Zivilschutz stellt im Rahmen der Gesamtverteidigung das Überlebensmittel dar. Eine Bewaffnung wäre völkerrechtlich problematisch, denn die ZSO würden gegenüber dem Feind den «zivilen» Status verlieren. Unter militärischen Gesichtspunkten wäre dieser Selbstschutz ohnehin nicht allzu hoch zu veranschlagen. Es ist zweckmässiger, die ohnehin knappe Ausbildungszeit voll für die Primäraufgabe des Zivilschutzes zu nutzen.

Protection civile: Nouvelle orientation?

ush. Après ce qui s'est passé récemment, personne ne voudra plus contester la nécessité d'améliorer la protection civile. En effet, les motifs sont connus, ce sont les événements de Tchernobyl et l'incendie chimique de Bâle. Dès lors, faut-il changer «quelque chose» à la protection civile et, le cas échéant, où, quand et comment? Nous avons posé à ce sujet cinq questions à quelques parlementaires et à des partis politiques.



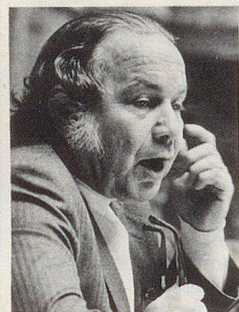
Felix Auer
conseiller national
(PRD/BL)

▲ A votre avis, quelle orientation convient-il de donner à un nouveau libellé ou à une adaptation de l'article premier de la loi sur la protection civile?

Ce serait aller trop loin que de considérer la protection civile d'une manière égale comme un instrument de la défense générale aussi bien que comme une protection lors de catastrophes civiles. Dans le premier cas, la PCi est le partenaire avant tout de l'armée et dans le second cas, des organisations civiles de lutte contre les catastrophes (police, sapeurs-pompiers, etc.). Toutefois la forme dispositive de l'article premier ne suffit pas. Il faut revaloriser les secours urgents civils.

▲ Compte tenu des nouvelles formes de menace sur les populations civiles, quels secteurs de la protection civile faut-il élargir et dans quel ordre de priorité les disposez-vous?

En premier lieu l'instruction, qu'il faut intensifier et, pour autant que cela soit possible, exécuter dans des conditions «plus proches de la réalité». A cet égard, l'exposé du chef de l'armement, Monsieur Felix Wittlin (Ass. dél. 1986) montre de façon convaincante la voie à suivre.



Hansjörg Braunschweig
conseiller national
(PS/ZH)

Pour être crédible aux yeux de la majorité de la population, il faudrait que la protection civile soit organisée dès aujourd'hui en fonction des situations critiques, c'est-à-dire, qu'elle soit préparée à faire face aux catastrophes écologiques et naturelles, en application de l'article 22^{bis}, 7^e alinéa, de la Constitution fédérale, qui fait état de «secours urgents», ainsi que des articles 9 et 10 de la loi sur la protection de l'environnement. Il faudrait également que la protection civile établisse, sur le plan communal, un inventaire des dangers et des risques ainsi que des mesures à prendre pour les réduire ou les éliminer, en s'appuyant sur l'entraide entre communes voisines, sur les spécialistes, sur le secteur privé local, sur les samaritains, sur les sapeurs-pompiers, sur la police, etc.

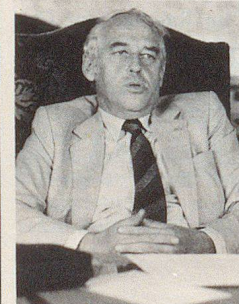
Le professeur Hans C. Binswanger, de l'Université de Saint-Gall, demande avec raison que l'on réduise à zéro les «risques résiduels» des grandes catastrophes du genre Tchernobyl, Bhopal ou Bâle. Cette requête, qui s'adresse également à la protection civile, est devenue encore plus urgente, du fait des catastrophes récentes qui sont arrivées en France (à Nantes) et aux USA. Les priorités qu'il y aura lieu de fixer durant la période de transition sont les suivantes: un système d'alarme en état de fonctionner, l'obligation de déclarer les risques existants et l'information à la population.



Barbara Gurtner
conseillère nationale
(PSA/BE)

A mon avis, la protection civile ne devrait pas faire partie de la défense générale. Elle devrait en revanche constituer une organisation civile de secours en cas de catastrophe, structurée de façon décentralisée et adaptée aux particularités locales.

Je suis hostile à une nouvelle extension de la protection civile. Tout au contraire, je souhaite qu'elle soit décentralisée et que sa mission soit limitée à fournir des secours en cas de catastrophe naturelle. Les moyens financiers libérés de la sorte pourront alors servir au démantèlement des industries, qui constituent une menace pour la vie (comme l'atome et la chimie).



Helmut Hubacher
conseiller national
(PS/BS)

La conception de la protection civile devrait être totalement repensée. La protection civile d'aujourd'hui suscite des attentes qui sont irréalistes. La doctrine officielle de sécurité attribuée à la protection civile un rôle principalement psychologique. En effet, il s'agit de rassurer la population et de lui faire accroire que sa sécurité est garantie dans tous les cas, même contre les bombes atomiques. En temps de paix, la philosophie de la fausse sécurité est pratique, mais en temps de guerre ou en cas de catastrophe, elle pourrait se révéler dévastatrice. La protection civile n'est prête à l'engagement que jusqu'à un certain point. Il faut donc sonder de façon réaliste ses possibilités et ses limites et les admettre ouvertement.

L'idéologie de la taupe, c'est-à-dire la doctrine officielle selon laquelle en cas de catastrophe militaire, chaque Suisse et chaque Suisse obtiendra la place protégée qui lui est réservée – en d'autres termes, la sécurité est assurée dans toutes les situations – peut bien constituer en temps de paix, une stratégie rassurante, qui est judicieuse et a sa valeur. Dans les cas graves cependant, cette doctrine d'engagement n'aurait guère de chance de survie. Elle se fonde en effet par trop sur

Suite à la page 24

▲ Que pensez-vous de l'aménagement immédiat des abris publics et privés et quel pourcentage d'entre ceux-ci doit rester libre en vue d'une occupation immédiate?

Pour des motifs psychologiques, il ne sera que difficilement possible d'assurer un aménagement immédiat des abris. Pourtant, entre les conditions actuelles qui sont clairement insatisfaisantes et la «situation idéale», qu'il est souhaitable d'atteindre également pour des raisons de dissuasion, il existe des stades intermédiaires. Le pourcentage, dont il est question, doit être adapté à la situation de menace changeante.

▲ Quelle est votre position de principe face à la remise de l'équipement personnel pour toute la durée du service PC? Qui doit, le cas échéant, se charger de l'organisation que cela présuppose sur le plan suisse et qui doit en assumer les frais?

Ce qui vaut pour les soldats doit également valoir pour les membres de la protection civile. L'organisation et les coûts sont, à titre primaire, l'affaire des communes et des cantons. Nous ne pourrions de toute manière pas éviter une augmentation des «coûts d'exploitation» de la protection civile.

▲ Que pensez-vous de l'idée d'armer éventuellement les OPC?

La lutte armée contre l'agresseur est l'affaire de l'armée. Cependant cela n'infirmes en rien ce que l'on dit des tâches «civiles» de la PCi. En effet, si celle-ci devait être empêchée violemment d'accomplir sa mission par des pillards ou des terroristes, elle devrait de même réagir violemment.

Aux questions 3 et 4

Le 1^{er} novembre 1986, sur 4200 abris que compte Bâle-Ville, 2800 n'étaient pas utilisables et aujourd'hui, ils ne sont apparemment pas non plus prêts pour une occupation immédiate. Cela révèle clairement soit que les responsables n'ont tenu compte ni des situations critiques pouvant se présenter hors conflit, ni des temps réduits de pré-alerte propres aux événements des périodes de conflit, soit que le système actuel d'utilisation des abris n'est plus adapté à notre époque ou qu'il ne peut être mis en place qu'à l'aide de contrôles policiers.

Le 19 juillet 1987, le Parti socialiste suisse a déclaré en substance que la sécurité absolue de l'abri est fondée sur une imposture, elle est dangereuse et doit donner à la population l'illusion de la sécurité.

Ce qui compte aujourd'hui, c'est avant tout d'éviter les guerres et les grandes catastrophes industrielles, plutôt que de s'y préparer. En cas de guerre atomique, la protection civile serait largement inutilisable. Par ailleurs elle s'est révélée totalement défaillante lors de l'accident de Schweizerhalle. Il serait dans tous les cas plus utile de rechercher la paix et d'éduquer en faveur de la paix, plutôt que de devoir occuper en urgence les abris.

S'il le faut, alors faisons-le! Les abris sont faits pour la protection des êtres humains et ne doivent pas être transformés en des entrepôts dissimulés. Un problème seulement: cette protection est précaire et en partie illusoire. Vue sous cet angle, la préparation de l'abri n'est pas si dramatique mais surtout pas très réaliste, compte tenu du calcul coût-utilité.

Il faut éviter cette opération, bureaucratique et coûteuse. Elle ne contribue qu'à inspirer une hystérie belliciste et à répandre l'hérésie selon laquelle les moyens techniques permettent de maîtriser toutes les catastrophes industrielles.

Si la protection civile doit devenir davantage un corps de secours en cas de catastrophe, alors on peut remettre sans autre une partie de l'équipement personnel aux membres de la PC. Pour l'armée, le financement est clair, c'est la Confédération qui paie. Pourquoi ne ferait-elle pas de même pour la protection contre les catastrophes civiles et militaires?

Le fait que l'on se demande aujourd'hui précisément s'il faut armer la protection civile, indique bien que les responsables de celle-ci n'ont pas remis en question leur façon de penser en fonction des catastrophes écologiques et naturelles. C'est ainsi que le fossé qui sépare la protection civile de la population s'élargit toujours davantage. Ce n'est du reste pas un hasard qu'un débat se soit développé à ce sujet *avant* même que ne soient achevés les travaux du Groupe de travail, chargé d'examiner les possibilités d'intervention de la protection civile dans les secours urgents en cas de catastrophe en temps de paix, créé par la conseillère fédérale Elisabeth Kopp.

L'armement de la protection civile doit être rejeté, en tant qu'il constitue une étape supplémentaire dans la militarisation de la société. Une mentalité de défense des citoyens et la vision manichéenne de nos ennemis ne permettent pas de résoudre les problèmes. Lorsqu'une société démocratique se soumet entièrement aux contraintes militaires, elle renonce elle-même à sa raison d'être et se transforme en une dictature qui n'est plus digne d'être défendue.

Je n'en pense rien du tout! La protection civile n'est pas une troupe antiterroriste, il lui manque toutes les conditions à cet effet. En outre, les terroristes potentiels ne sont pas l'unique danger qui plane sur les abris et leur blocage. Des menaces bien plus grandes existent du fait des «gaz rares» radioactifs, comme aime à les appeler affectueusement le lobby de l'atome, lorsqu'il parle de la radioactivité qui se dégage des centrales atomiques.

Protection civile



Beda Humbel
conseiller national
(PDC/AG)

▲ A votre avis, quelle orientation convient-il de donner à un nouveau libellé ou à une adaptation de l'article premier de la loi sur la protection civile?

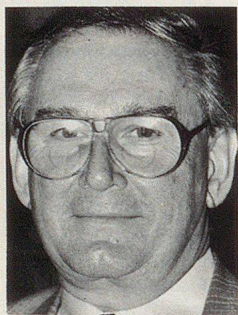
L'article-cadre de la loi fédérale sur la protection civile, en particulier son 3^e alinéa, me paraît trop peu impératif. C'est en effet presque incidemment qu'il mentionne que «la protection civile peut également être appelée en temps de paix (...) à porter des secours». Lors des délibérations du Conseil national relatives au rapport intermédiaire du Conseil fédéral sur l'état de préparation de la protection civile, qui ont eu lieu en décembre 1983, j'ai déclaré qu'il fallait mettre davantage en évidence le rôle que doit jouer la protection civile en cas d'urgence ou en cas de catastrophe. Mon avis a été confirmé à la suite des accidents de Schweizerhalle en novembre 1986 et des sinistres dus aux intempéries de 1987. Lors de la session du printemps 1987, j'ai senti qu'il était de mon devoir de déposer une motion demandant une révision de la loi sur la protection civile.

▲ Compte tenu des nouvelles formes de menace sur les populations civiles, quels secteurs de la protection civile faut-il élargir et dans quel ordre de priorité les disposez-vous?

Les avis sont partagés quant à savoir quels services de notre organisation de protection civile doivent être mieux développés. Durant les deux derniers mois, deux services ont considérablement gagné en importance, ce sont:

- le service des pionniers et de la lutte contre le feu
- le service de protection AC

A cet égard, il s'agit surtout de définir des efforts principaux.



Markus Kündig
conseiller aux États
(PDC/ZG)

En automne de cette année, j'ai déposé au Conseil des États une interpellation posant la question de la doctrine d'engagement de la protection civile. Il n'est pas judicieux de se déterminer sur la modification de la loi, avant que la mission et les possibilités de la protection civile n'aient été discutées à fond. A première vue cependant, je penche pour un abandon de l'engagement des moyens trop fortement orienté vers la guerre, au profit d'une utilisation polyvalente de la protection civile.

Les cas de catastrophe pour l'environnement, tels que des accidents atomiques, mais également des inondations ou des accidents chimiques, posent inévitablement la question de savoir jusqu'à quel point l'organisation de notre protection civile, qui a sciemment pour philosophie d'être engagée comme second échelon, pourrait intervenir. Je pense qu'il faudrait analyser avec une très grande précision de tels cas.

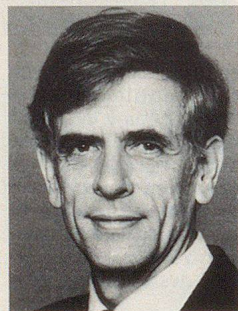


Hans Schärli
conseiller national
(PDC/LU)

Il ne faut rien changer à la mission principale de la protection civile, telle que la fixe l'article 22^{bis} de la Constitution fédérale. Ainsi que cela ressort de l'article premier de la loi fédérale sur la protection civile, qui en donne les objectifs, la protection civile est une partie de notre défense générale. Compte tenu des événements de Tchernobyl et de Schweizerhalle, ainsi que des suites qui en ont résulté, cet article-cadre de la loi fédérale sur la protection civile devrait être modifié en ce sens qu'il faut mieux souligner l'importance de la protection civile en cas d'intervention pour porter des secours urgents. La désignation actuelle, quelque peu trop étroite de la notion d'aide en cas de catastrophe, devrait être remplacée par une définition un peu plus large.

Il faudrait s'attacher à créer de façon vraiment appropriée des éléments spéciaux d'intervention immédiate dans les grandes villes, en tenant compte des potentiels de dangers très différents d'un endroit à l'autre. Il ne s'agit pas à cet égard de concurrencer les structures existant aujourd'hui et qui fonctionnent bien, comme les offices de construction, les services de distribution d'électricité, les sapeurs-pompiers, le service sanitaire, l'Alliance des samaritains, etc., qui sont tous conçus pour intervenir immédiatement ou en premier lieu. Au contraire, il convient à la rigueur de les compléter, lors de leurs interventions et de les relayer, lors des engagements de longue durée.

A cet égard, il faut songer également aux éléments de conduite et aux structures de la protection civile pour le remplacement des états-majors de conduite des communes, lesquels doivent être organisés et mis sur pied pour de grandes interventions.



Hugo Wick
conseiller national
(PDC/BS)

Remarque préliminaire
Je ne suis pas un spécialiste des questions de protection civile. Il me semble cependant nécessaire de mettre les installations de la protection civile sous surveillance. Si l'armée n'est pas à même d'assurer cette surveillance (par exemple en recourant aux unités de surveillance du SC ou du Landsturm), alors il faudra se poser effectivement la question de l'armement de la protection civile. A cet égard, je peux m'imaginer que l'on pourrait confier cette tâche de surveillance à d'anciens soldats, qui sont mutés dans la protection civile et qui disposent déjà des connaissances nécessaires.

Ad question 1. Une telle conception nécessite si possible une adaptation de l'article premier de la loi sur la protection civile.

Pas de réponse.

▲ Que pensez-vous de l'aménagement immédiat des abris publics et privés et quel pourcentage d'entre ceux-ci doit rester libre en vue d'une occupation immédiate?

Il faut tout d'abord que les abris puissent être installés dans les délais donnés par la loi. Je suis favorable à un aménagement immédiat des abris. Il faut garantir à 100% une occupation immédiate des abris, en d'autres termes, on doit pouvoir occuper les abris publics ou privés dans un délai de quelques heures.

A mon avis, la question est trop technique, pour qu'un politicien puisse y répondre. Nous devons nous borner à demander que les possibilités de protection, quelque forme qu'elles revêtent, soient mises à disposition à temps, lors de chaque menace véritable, étant entendu que le degré de perfectionnement de la protection civile peut être amélioré ultérieurement.

Au cas où il faudrait procéder aux travaux d'aménagement en vue de l'occupation immédiate et soudaine des abris, il serait assurément avantageux non seulement que les abris disponibles actuellement soient vides, mais encore que l'équipement prévu pour les abris ait déjà été acquis à cet effet. La nouvelle législature fédérale sur la protection civile demande que l'acquisition subséquente de l'équipement soit réalisé jusqu'en 1995. Pour des motifs économiques mais également pour d'autres raisons, il ne serait guère acceptable de demander que les propriétaires privés maintiennent totalement inutilisés les abris situés dans leurs maisons, en vue d'une occupation immédiate. En effet, lors de la planification de ces constructions et lors de la demande d'autorisation de construire, on a établi une répartition des locaux qui prévoyait que la surface de l'abri aurait un usage polyvalent. Les abris sont utilisés aujourd'hui surtout comme cave de maison. La même remarque est valable pour les abris des exploitations artisanales. En revanche, on peut fort bien imaginer que les abris situés dans les bâtiments publics et les abris publics soient maintenus, pour une grande part de leur surface, en permanence prêts à une occupation immédiate et installés en conséquence. Le pourcentage devrait atteindre, suivant la situation de ces abris, assurément les 50%.

Un aménagement immédiat des abris paraît souhaitable.

▲ Quelle est votre position de principe face à la remise de l'équipement personnel pour toute la durée du service PC? Qui doit, le cas échéant, se charger de l'organisation que cela présuppose sur le plan suisse et qui doit en assumer les frais?

La situation serait en effet idéale, si l'on pouvait remettre l'équipement personnel à chaque personne astreinte à servir dans la protection civile, en priorité et non pas seulement «en prêt» ou «dans la mesure nécessaire», comme le prescrit l'article 64, 2^e alinéa, de la loi sur la protection civile. De cette façon, les hommes pourraient être prêts à intervenir plus rapidement. Les communes, qui sont responsables de l'organisation, devraient également en assumer les frais. Une tentative pourrait se révéler positive.

Je recommanderais que l'on remette la totalité de l'équipement ou une partie de celui-ci aux membres de la protection civile ou même à l'ensemble de la population, pour autant que cela s'avère judicieux. Quant à la répartition des frais, on ne peut en discuter qu'à partir du moment, où leur ampleur est entièrement connue, mais d'ores et déjà, je n'exclue pas une participation de chaque citoyen aux frais.

Etant donné que la législation fédérale prévoit déjà la remise gratuite de l'équipement personnel aux personnes astreintes à servir dans la protection civile, on pourrait tout à fait examiner s'il faut que cet équipement soit conservé au domicile de la personne astreinte à servir. Il serait alors vraisemblablement indispensable de créer sur le plan suisse une «organisation d'arsenaux». Il conviendrait alors d'examiner si les arsenaux existants pourraient prendre à leur charge les travaux et les coûts résultants de cette opération. Il faudrait éviter à tout prix de mettre sur pied de nouvelles structures, qui entreraient en concurrence les unes avec les autres. Il est possible cependant que dans certaines régions de notre pays, il soit indispensable de créer des organisations complémentaires, qui ne se recouvriraient pas.

Pas de réponse.

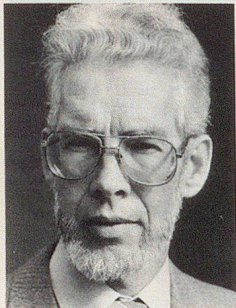
▲ Que pensez-vous de l'idée d'armer éventuellement les OPC?

Je ne puis envisager un armement de la protection civile que dans le cadre d'un service de surveillance et cela uniquement pour assurer des tâches de garde et seulement en liaison avec les organes de police. Il ne faut pas oublier non plus que des anciens policiers pourraient fort bien être incorporés et engagés pour la garde.

Du point de vue de la protection civile d'aujourd'hui et eu égard aux structures existant dans l'armée, j'estime qu'il est juste de ne pas armer la protection civile. Sa mission principale ne devrait pas être supplantée par des tâches de combat. En effet, la protection civile doit être à disposition en tant qu'organisation également en cas d'occupation.

A mon avis, l'armement des organisations de protection civile (OPC) n'entre pas en ligne de compte, même pas dans un but d'auto-protection.

Cf. remarque préliminaire.



Otto Zwygart
conseiller national
(PEP/BE)

▲ A votre avis, quelle orientation convient-il de donner à un nouveau libellé ou à une adaptation de l'article premier de la loi sur la protection civile?

Il est nécessaire de faire une extension de cet article, pour mentionner l'intervention du service civil en temps de paix (3^e alinéa). Il faut qu'un dispositif permette de mieux porter secours dans les zones d'habitation à haute densité.

▲ Compte tenu des nouvelles formes de menace sur les populations civiles, quels secteurs de la protection civile faut-il élargir et dans quel ordre de priorité les disposez-vous?

J'estime que ce sont avant tout des problèmes inhérents à notre société en mouvement, qui n'ont pas reçu de solution. Les distances entre les lieux d'habitation et les emplacements de travail, aussi bien que celles qui séparent les endroits où l'on produit des surfaces où l'on achète et consomme, entraînent des coupures dans les axes de trafic, qui peuvent avoir des conséquences dévastatrices. Par ailleurs, les accidents d'exploitation dans le domaine de la technique lourde n'existent malheureusement pas que dans l'imagination, pas moins d'ailleurs que la destruction des forêts protectrices, même si celles-ci sont plus lointaines!

CVP
Schweiz

Groupe parlementaire PDC

Les termes de «Défense nationale» figurant au premier alinéa de cet article, doivent être remplacés par ceux de «Défense générale». Le 3^e alinéa doit être placé sur un pied d'égalité avec le 2^e alinéa. Quant à notre conception des choses, à l'avenir, la protection civile devrait être développée, pour répondre aux besoins de protéger en cas de catastrophe. C'est pourquoi, après les graves intempéries dans les cantons d'Uri, des Grisons et du Valais, après Tchernobyl et Schweizerhalle, il nous semble qu'une nouvelle formulation de l'article définissant les objectifs de la protection civile est plus urgente que jamais.

Sur le plan de l'organisation, il y a lieu de développer l'alarme (davantage de sirènes, télécommandes des sirènes), l'état de préparation à l'engagement de secteurs bien définis de la protection civile (service de protection AC) et l'information (par exemple signaler aux ménagères les dangers potentiels). Sur le plan de l'instruction, il convient de former encore mieux les cadres.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Groupe parlementaire PRD

Compte tenu des formes de menace qui planent sur la population civile, il convient d'examiner également si la protection civile ne devrait pas intervenir davantage dans les catastrophes en temps de paix. A cet effet il faudrait inscrire les secours urgents comme mission secondaire dans l'article premier, qui définit les objectifs de la PC. Cela ne changerait rien au fait que la protection civile est une partie intégrante de la défense générale.

Il s'agit en première ligne d'améliorer toutes les conditions, qui postulent une intervention rapide de la protection civile en tant qu'organisation de milice. Le développement de l'alarme doit revêtir une priorité absolue, l'amélioration de l'instruction vient en deuxième position et il faut mettre en troisième place les colloques plus nombreux que doivent avoir les cadres au sujet de la problématique des catastrophes. Il faut encourager la participation des femmes.

LdU

Groupe parlementaire AdI

La protection civile reste, comme par le passé, trop fortement orientée vers les cas de guerre possibles. Or les formes de menace ont changé. Aujourd'hui, ce sont les catastrophes industrielles mais également les désastres écologiques qui menacent les êtres humains. Dans ces circonstances, il faut fixer de nouveaux points forts dans l'instruction et dans l'organisation.

L'AdI discerne des formes importantes de menace surtout dans les catastrophes industrielles et écologiques. Voilà pourquoi il faut donner au secteur du service de protection AC une nouvelle orientation vers les problèmes actuels. L'organisation d'alarme dans son ensemble nous paraît également améliorable. Enfin il faut adapter le service des pionniers et de la lutte contre le feu et tous les autres secteurs aux nouvelles formes de menace.

SVP
UDC

Groupe parlementaire UDC

Il faut remplacer la notion de «Défense nationale» par celle de «Défense générale». Il convient par ailleurs de souligner que la protection civile constitue le *moyen de survie par excellence*. La règle du droit dispositif inscrite au 3^e alinéa doit être remplacée par une prescription impérative.

L'UDC réclame une extension de la protection civile à tous les niveaux: elle demande en particulier que des moyens financiers suffisants soient mis à la disposition de celle-ci et que l'on améliore rapidement et entièrement l'instruction. Il faut davantage faire appel aux femmes dans l'instruction. Il est indispensable de manifester de la rigueur sur le plan de l'organisation.

La protection civile doit être équipée et instruite également pour faire face aux catastrophes civiles. Il convient de poursuivre l'examen des propositions contenues dans «l'Etude Bubenbergl» réalisée par la Société bernoise des officiers.

▲ Que pensez-vous de l'aménagement immédiat des abris publics et privés et quel pourcentage d'entre ceux-ci doit rester libre en vue d'une occupation immédiate?

Les catastrophes de ces dernières années ont démontré qu'il faut rendre possible en quelques heures une occupation immédiate des abris. Il faut à cet égard procéder à une modification légale, prescrivant que le 50 % des abris privés et le 75 % des abris publics doivent être disponibles en permanence.

Il faut conserver aux abris privés leur usage du temps de paix. Ne serait-ce que d'un point de vue économique, il ne serait pas rationnel de laisser les abris privés inemployés durant des années. En revanche à l'avenir, les abris publics et les abris situés dans des bâtiments publics devront être libérés, en vue d'une occupation immédiate éventuelle. Ces abris doivent être spécifiés en conséquence.

Actuellement, la plus grande part des abris peut être prête pour l'occupation en un temps très bref. Quant à l'utilisation des abris en temps de paix, elle a été voulue par la législature et constitue une nécessité économique. On pourrait à la rigueur examiner jusqu'à quel point les abris publics et les abris situés dans les bâtiments publics doivent rester libres pour une occupation surprise.

Apparemment, de nos jours, l'aménagement immédiat des abris est une nécessité. Dès lors, une limitation très étendue de l'utilisation des abris à d'autres fins que la PC est *inévitabile*. Nous estimons que les abris doivent en principe être *aménagés et prêts à l'occupation*.

Etant donné que les temps de préalerte militaire sont en constante diminution et que l'éventualité d'événements civils nécessitant une évacuation s'accroît, il faut sérieusement analyser la question de l'aménagement immédiat ou, à tout le moins, beaucoup plus rapide de l'abri. D'un autre côté, il nous semble exagéré de maintenir disponible en permanence l'ensemble des abris, en raison d'un manque de locaux. L'UDC attend que les services compétents établissent rapidement un rapport sur la situation effective et les propositions d'amélioration en conséquence. Il paraît indiqué d'examiner en particulier le modèle de préparation à l'utilisation par degré.

▲ Quelle est votre position de principe face à la remise de l'équipement personnel pour toute la durée du service PC? Qui doit, le cas échéant, se charger de l'organisation que cela présuppose sur le plan suisse et qui doit en assumer les frais?

Exception faite du masque de protection, je pense qu'il ne faudrait pas remettre de matériel personnel. Il ne faut en effet pas surestimer cette possibilité, certes de nature à créer la confiance et que l'on peut résumer dans la devise: «Pour les soldats, le fusil, pour les membres de la PC, le masque à gaz.» On ne pourrait de toute façon pas équiper tout le monde; il suffit par exemple de penser aux enfants. Par ailleurs, pour de nombreux types de toxiques gazeux, il n'existe pas de protection suffisante.

La remise de l'équipement personnel pour toute la durée du service PC doit être un objectif à long terme, mais n'a pas la priorité. Durant la période transitoire, il faudrait que les formations de piquet reçoivent l'équipement complet. Ainsi, on gagnerait du temps lors des interventions. Il conviendrait qu'à long terme les cantons prennent en charge les coûts de cette opération, ce qu'ils pourraient faire notamment grâce aux subventions fédérales.

Il faut envisager comme un objectif à long terme, la remise de l'équipement personnel, de manière analogue à ce qui est fait lors de l'entrée dans l'armée. Les communes devraient être investies de la responsabilité d'exécution de cette mesure, cependant qu'il appartiendrait à la Confédération d'en assumer les frais. Toutefois cette opération n'est pas réalisable à court terme, pour des motifs de finance et d'organisation.

Il convient en principe de remettre aux hommes l'équipement personnel pour toute la durée de leur service, car cela permet d'éviter un certain nombre de procédures durant les périodes de service. L'organisation doit être assurée par l'office fédéral.

Compte tenu des temps de préalerte en constante diminution (cf. réponse à la question 3), il semble que la remise de l'équipement personnel soit appropriée. Le problème des mutations devrait pouvoir être résolu. Il convient de laisser comme jusqu'ici l'organisation entre les mains des communes et des cantons. Il en va de même pour la prise en charge des coûts.

▲ Que pensez-vous de l'idée d'armer éventuellement les OPC?

Les armes ne peuvent être mises qu'entre les mains de personnes dûment formées et exercées, telles que les policiers et les militaires. En effet les risques d'une manifestation d'hystérie de masse pourrait par retournement mettre en danger ceux que l'on a pour objectif de protéger et cela, beaucoup plus sûrement qu'une menace provoquée par des terroristes. En outre, en temps de guerre, les personnes armées perdraient le bénéfice de la protection que leur accorde le droit de la guerre, si elles ne sont pas armées.

Selon l'article premier de la loi sur la protection civile, celle-ci n'a aucune tâche de combat. Il faut maintenir ce principe. La protection civile a en effet pour mission, en temps de paix, de porter secours lors de catastrophes et en temps de guerre, d'assurer la protection des personnes et des biens. C'est à ces activités qu'à l'avenir il faudra instruire et préparer les membres de la protection civile. Par ailleurs, il est possible aujourd'hui déjà, selon l'article 36a de la loi sur la protection civile, de mettre à disposition de la police les personnes astreintes à servir dans la protection civile. Si l'on considère la question également sous cet angle, il ne s'impose pas d'armer la protection civile.

En son temps, le législateur s'est prononcé expressément contre un armement de la protection civile. Par ailleurs cela aggraverait encore les problèmes que pose l'instruction. Fondamentalement, il appartient aux organes de police de lutter contre la criminalité et le terrorisme. Or la loi prévoit aujourd'hui déjà que les gens de la protection civile peuvent être mis à disposition de la police pour la renforcer et que celle-ci peut éventuellement les armer.

L'AdI rejette strictement tout armement de la protection civile. En effet un armement de la PC provoquerait tout au plus des refus supplémentaires de servir. Pour le surplus nous avons déjà fait état dans notre réponse à la question 1 du souhait exprimé par l'AdI de voir la protection civile changer d'orientation. A cela s'ajoute que l'AdI rejette strictement le principe de toute militarisation de la société.

Dans le cadre de la défense générale, la protection civile représente l'institution faite pour la survie. Son armement poserait des problèmes sur le plan du droit des gens, car l'OPC perdrait à l'égard de l'ennemi son statut d'organisation «civile». Par ailleurs, d'un point de vue militaire, il ne faudrait de toute façon pas surestimer cette autoprotection. Il est plus judicieux d'utiliser entièrement les temps d'instruction, par ailleurs très limités, pour former la protection civile à sa mission première.

Nuovo orientamento nella protezione civile?

ush. Nessuno vorrà negare l'attualizzazione della protezione civile, avvenuta nel corso dei più recenti avvenimenti. I motivi (fra gli altri la catastrofe di Cernobyl e l'incendio dell'impresa chimica di Basilea) sono conosciuti. Si dovrebbe ora - e se sì, dove, quando e come? - mutare «qualcosa» nella protezione civile? A tale proposito abbiamo posto cinque domande ad alcuni parlamentari e rappresentanti dei partiti politici.



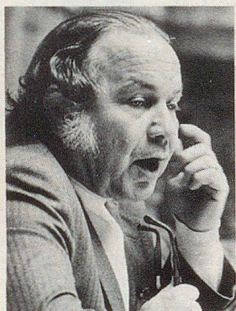
Felix Auer
Consigliere nazionale (PRD/BL)

▲ In che modo pensa che vada rielaborato o modificato l'art. 1 della legge federale sulla protezione civile?

Una parificazione della protezione civile come strumento della difesa integrata e della protezione nel caso di catastrofi «civili», andrebbe troppo lontana. Nel primo caso, la Pci è soprattutto socio dell'esercito, nel secondo, socio degli organismi civili che affrontano le catastrofi (polizia, corpo pompieri, ecc.). L'attuale formula potestativa tuttavia non basta. Dev'essere rivalutato l'aiuto civile urgente in caso d'emergenza.

▲ Quali settori della protezione civile andrebbero secondo Lei potenziati in considerazione delle nuove forme di minaccia poste dalla civiltà attuale e in che ordine di priorità?

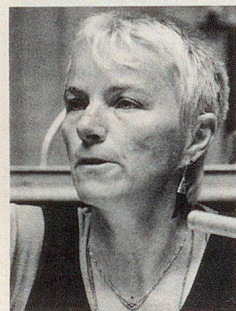
In primo luogo l'istruzione. Questa dev'essere intensificata e, nella misura in cui questo è possibile, occorre conferirle un assetto più prossimo alla realtà. La relazione di Felix Wittlin (Ass. dei delegati 1986), capo dell'armamento, mostra in maniera convincente la via da seguire.



Hansjörg Braunschweig
Consigliere nazionale (SP/ZH)

Una protezione civile che voglia essere credibile per la maggior parte della popolazione dovrebbe essere finalizzata al caso di situazione grave oggi, ad affrontare catastrofi ambientali e naturali ai sensi dell'art. 22bis, n. 7 della Costituzione federale («in caso di urgenza di soccorsi») e dell'art. 9/10 della legge sulla protezione dell'ambiente. A livello comunale dovrebbe essere organizzata l'inventarizzazione di rischi e pericoli e del modo di attenuarli o eliminarli, sulla base dell'aiuto vicinale, dell'apporto di specialisti, dell'economia privata locale, dei samaritani, dei pompieri, della polizia, ecc.

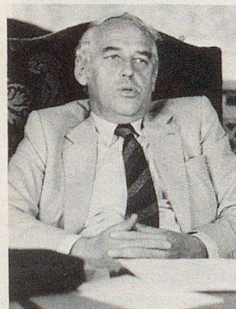
Il prof. C. Binswanger della Scuola Superiore di San Gallo chiede a ragione «che il «rischio residuo» per catastrofi di vaste dimensioni come quelle di Cernobyl, Bhopal o Basilea sia ridotto al minimo». Questa richiesta rivolta alla protezione civile diventa sempre più urgente se si considerano le catastrofi più recenti verificatesi in Francia (Nantes) e negli Stati Uniti. Gli obiettivi prioritari per la fase transitoria sono a mio parere un sistema di allarme efficiente, l'obbligo di annunciare i rischi esistenti e l'informazione della popolazione.



Barbara Gurtner
ex-Consigliere nazionale POCH/BE

A mio parere la protezione civile non dovrebbe essere una parte della difesa integrata, bensì un'organizzazione di soccorso civile in caso di catastrofi naturali, decentralizzata e basata sulle caratteristiche locali.

Sono contraria ad un ulteriore potenziamento della protezione civile. Al contrario, ritengo necessaria una decentralizzazione e una limitazione a prestazioni di soccorso in caso di catastrofi naturali. I mezzi finanziari così risparmiati dovrebbero essere impiegati per la rinuncia alle industrie che costituiscono una minaccia per la vita umana (settor atomico e chimico).



Helmut Hubacher
Consigliere nazionale (PSS/BS)

La concezione della protezione civile dovrebbe essere ripensata partendo da idee completamente nuove. Oggi, con la protezione civile si fomentano aspettative che non sono realistiche. La dottrina ufficiale della sicurezza attribuisce alla protezione civile soprattutto un ruolo psicologico: la popolazione civile dev'essere tranquillizzata e deve rimanere convinta che la sicurezza è garantita in ogni caso, cioè pure in caso di esplosione di una bomba atomica o di catastrofe provocata da un reattore nucleare. La filosofia della falsa sicurezza è comoda in tempo di pace e sarebbe disastrosa in tempo di guerra o in caso di catastrofi.

La protezione civile è solo parzialmente pronta all'azione. Le possibilità e i limiti devono venir chiariti in modo realistico e pure essere ammessi pubblicamente.

L'«ideologia dello struzzo», cioè la dottrina ufficiale secondo cui, in caso di catastrofe militare, ogni Svizzero e ogni Svizzera avrebbero un posto in un rifugio e secondo la quale, dunque, la sicurezza sarebbe garantita in ogni situazione, può avere un senso ed un valore in tempo di pace quale strategia tranquillizzante. In un caso d'emergenza, invece, questa dottrina dell'impiego della protezione civile avrebbe poche probabilità di sopravvivere. Essa si basa infatti in maniera eccessiva sulla sicurezza totale, sulla possibilità di controllo delle catastrofi militari o civili.

La funzione protettiva della protezione civile, se esaminata in modo realistico, è limita-

Segue a pagina 24

▲ Qual è il Suo parere in merito all'approntamento immediato dei rifugi pubblici e privati per la loro occupazione e in che misura ritiene che questi rifugi si dovrebbero tenere liberi per l'occupazione immediata?

Per motivi d'ordine psicologico sarà difficile assicurare un approntamento «immediato» dei rifugi. Tuttavia, tra l'attuale situazione, insoddisfacente, e lo «stato ideale» – auspicabile anche nell'ottica della dissuasione – vi sono pur sempre stadi intermedi. La percentuale richiesta dev'essere adeguata alle mutate situazioni di minaccia.

▲ Come pensa che sarebbe meglio risolvere la questione della consegna dell'equipaggiamento personale per tutta la durata del servizio di PCi; chi dovrebbe secondo Lei assumersi l'organizzazione a livello nazionale e chi le spese?

Quello che è giusto per il milite deve andar bene anche per l'addetto della protezione civile. Organizzazione e spese sono in primo luogo di competenza dei comuni e dei cantoni. E, in materia di PCi, non potremo non contare su maggiori spese di gestione.

▲ Che cosa pensa dell'idea di dotare di armi le OPC?

Lo scontro armato con l'attaccante spetta all'esercito. Non è tuttavia contrario al compito «civile» della PCi se questa reagisce con la forza ove, nell'adempimento del suo compito, fosse impedita con la forza, da terroristi o saccheggiatori.

Domanda 3 e domanda 4 (insieme)

Il fatto che a Basilea, il 1° novembre 1986, su un totale di 4200 rifugi 2800 non erano disponibili e ancora oggi evidentemente non sono pronti per l'occupazione immediata dimostra chiaramente che o i responsabili non hanno preso nella giusta considerazione il caso di situazione grave non bellico oppure che l'attuale concezione dei rifugi è superata, ancora che questa può essere realizzata solo con il controllo della polizia.

L'opinione del Partito Socialista Svizzero è riassunta in un enunciato del 19 luglio 1987: «La sicurezza totale dei rifugi si basa su una conclusione errata, è pericolosa e serve soltanto a illudere la popolazione.»

Oggi bisogna soprattutto impedire le guerre e le catastrofi invece di prepararsi ad affrontarle. In caso di guerra atomica la protezione civile sarebbe del tutto inutile; inoltre a Schweizerhalle ha dimostrato la sua completa inefficienza. La ricerca e l'educazione per la pace sarebbero comunque più sensate di un'occupazione immediata dei rifugi.

Questo inutile e costoso spreco burocratico va assolutamente impedito perché contribuisce ad aumentare l'isteria bellica e alimenta l'illusione che tutte le catastrofi industriali si possano risolvere con mezzi tecnici.

Il fatto che si ponga proprio adesso la domanda se dotare o no di armi la protezione civile dimostra che da parte dei responsabili della protezione civile non c'è stato un cambiamento d'idee nel senso di un maggiore impegno nell'affrontare le catastrofi ambientali e naturali. Così non si fa che aumentare l'abisso già esistente tra protezione civile e popolazione. E probabilmente non è un caso che questa discussione sia iniziata prima che il «Gruppo di lavoro sull'intervento della protezione civile per l'aiuto in caso di catastrofi in tempo di pace» – pur sempre nominato dal consigliere federale Elisabeth Kopp – abbia concluso i suoi lavori.

Dotare di armi la protezione civile significherebbe continuare nell'opera di militarizzazione della società ed è quindi un'idea da respingere assolutamente. Non si possono risolvere i problemi con la mentalità dell'autodifesa del cittadino e con una visione del nemico categorica e indifferenziata. Se la società democratica si assoggetta completamente alle costruzioni militari arriva a rinnegare sé stessa e diventa una dittatura indegna di essere difesa.

Se già esistono, che vengano usati per il loro scopo! I rifugi sono destinati a proteggere le persone, e non sono dei depositi nascosti. Però la protezione che offrono è dubbia e, in parte, illusoria. L'approntamento dei rifugi non è perciò né drammatico né, se si tien conto del rapporto tra costi e utilità, realistico.

Se la protezione civile diventa sempre più un corpo di soccorso in caso di catastrofi, allora l'equipaggiamento può senz'altro, in parte, esser consegnato personalmente ai singoli. Per l'esercito, il finanziamento è regolato chiaramente: è la Confederazione che paga. Perché non fare lo stesso anche per la protezione dalle catastrofi civili e militari?

Mi oppongo decisamente. La protezione civile non è una truppa antiterrorismo; per una tale funzione mancano tutti i presupposti. Inoltre, il pericolo per i rifugi, rispettivamente per un blocco dei rifugi, non viene solo e semplicemente da terroristi potenziali; la minaccia più grande viene dalla radioattività emessa dalle centrali atomiche, cioè dai gas radioattivi che la lobby atomica suole chiamare, amorevolmente, «nobili».

Nuovo orientamento



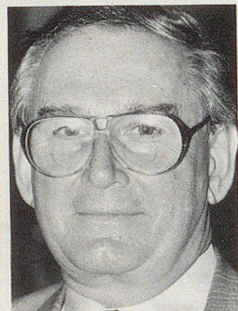
Beda Humbel
Consigliere nazionale (PPD/AG)

▲ In che modo pensa che vada rielaborato o modificato l'art. 1 della legge federale sulla protezione civile?

Ritengo che l'articolo 1 della legge federale sulla protezione civile, in particolare il capoverso 3, abbia un tono troppo poco imperativo. Vi si dice infatti quasi per inciso che «La protezione civile può anche essere chiamata in periodo di pace ad azioni di soccorso in caso di catastrofi». In occasione della discussione in Consiglio nazionale in merito al Rapporto intermedio del Consiglio federale sullo stato della protezione civile (dicembre 1983), ho fatto presente la necessità di impiegare la protezione civile soprattutto in caso di necessità urgente e di catastrofe. La catastrofe di Schweizerhalle (novembre 1986) e i danni causati dal maltempo nel 1987 hanno confermato che la mia richiesta era giusta. Nella sessione della primavera 1987 mi sono sentito in dovere di presentare una mozione in cui chiedevo una rielaborazione della legge sulla protezione civile.

▲ Quali settori della protezione civile andrebbero secondo Lei potenziati in considerazione delle nuove forme di minaccia poste dalla civiltà attuale e in che ordine di priorità?

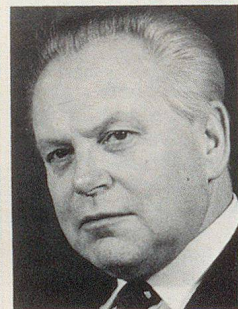
I pareri sono discordi su quali siano i servizi della organizzazione di protezione che vanno maggiormente potenziati. Negli ultimi due mesi mi è sembrato che due servizi abbiano svolto un ruolo molto importante. Si tratta del servizio pionieri e antincendio e del servizio di protezione AC. I nostri sforzi di miglioramento dovranno concentrarsi proprio su questi servizi.



Markus Kündig
Consigliere agli Stati/ZG

Nell'autunno di quest'anno ho presentato al Consiglio degli Stati un'interpellazione sul tema dell'impiego della protezione civile. Mi sembra insensato modificare la legge prima che sia terminata la discussione sul compito e la possibilità delle prestazioni di protezione civile. A prima vista ritengo comunque necessario che la protezione civile si stacchi un po' dall'intervento solo in caso di guerra e trovi invece un impiego più polivalente.

Nel caso di gravi catastrofi ambientali come gli incidenti nelle centrali atomiche o anche di inondazioni o incidenti in industrie chimiche, si pone inevitabilmente la questione in che misura possa essere impiegata la nostra organizzazione di protezione civile, la quale si basa sull'ideologia di un intervento solo come seconda istanza. Credo che questi casi debbano essere analizzati nel modo più preciso.

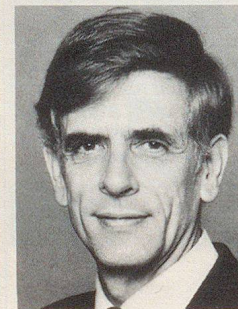


Hans Schärli
Consigliere nazionale (PPD/LU)

Il compito principale che l'articolo 22^{bis} della Costituzione federale assegna alla protezione civile non dovrebbe esser messo in discussione. La protezione civile è una parte della difesa nazionale, come risulta dall'articolo 1 della legge federale sulla protezione civile, che ne fissa lo scopo.

Dopo i fatti di Cernobyl e Schweizerhalle, e tenuto conto delle loro conseguenze, l'articolo della legge federale che definisce lo scopo della protezione civile dovrebbe essere modificato, per esprimere in modo più marcato l'importanza che spetta alla protezione civile negli interventi di soccorso urgente.

Nei comuni più grandi, e considerando che i pericoli potenziali variano assai da un posto all'altro, bisognerebbe creare presto delle strutture speciali destinate agli interventi immediati. Non si tratterebbe di far concorrenza alle strutture già esistenti e ben organizzate, quali gli uffici responsabili delle costruzioni, le aziende elettriche, i pompieri, il servizio sanitario, le associazioni di samaritani, ecc., che sono destinate ai primi interventi e a interventi immediati; si tratterebbe invece di completare, se è necessario, queste strutture in caso di impiego e di sostituirle, se gli interventi durano a lungo. Inoltre, i quadri dirigenti e le strutture della protezione civile, che sono organizzati e preparati per far fronte ad interventi importanti, dovrebbero rinforzare gli stati maggiori dei comuni.



Hugo Wick
Consigliere nazionale (PPD/BS)

Premessa. Non sono uno specialista in materia di protezione civile. Una sorveglianza delle installazioni della protezione civile mi sembra tuttavia necessaria. Se questa sorveglianza non può essere effettuata dall'esercito (ad esempio da unità di sorveglianza del servizio complementare o della Landsturm), si pone effettivamente il problema dell'armamento parziale della protezione civile. I compiti di sorveglianza potrebbero venir affidati ad ex-militari incorporati nella protezione civile e che già dispongano della conoscenza necessarie.

A 1. Una tale concezione potrebbe rendere necessario un adattamento dell'articolo 1 della legge federale sulla protezione civile.

Nessuna risposta.

▲ Qual è il Suo parere in merito all'approntamento immediato dei rifugi pubblici e privati per la loro occupazione e in che misura ritiene che questi rifugi si dovrebbero tenere liberi per l'occupazione immediata?

Sono del parere che i rifugi debbano innanzitutto essere arredati nel termine fissato. Sono favorevole all'approntamento immediato dei rifugi per la loro occupazione. L'occupazione immediata dev'essere garantita al cento per cento, vale a dire che dev'essere possibile occupare i rifugi pubblici o privati nel giro di poche ore.

Secondo me la domanda è troppo tecnica perché un politico possa darvi risposta. Tutti i nostri sforzi vanno concentrati sull'obiettivo di poter disporre tempestivamente, in caso di vera minaccia, di ogni forma possibile di protezione. Sarà poi sempre possibile in seguito apportare miglioramenti a questa protezione.

Se i rifugi oggi esistenti non fossero vuoti, ma dotati dell'equipaggiamento previsto, sarebbe certamente più facile approntarli e renderli efficienti in caso di impiego immediato o dettato da eventi inaspettati. La nuova legislazione federale sulla protezione civile esige che i rifugi vengano provvisti dell'equipaggiamento entro il 1995.

Non si può pretendere, e non solo per considerazioni economiche, che i rifugi oggi usati dai padroni di casa vengano sgombrati, permettendone così un'occupazione immediata. Nei piani di costruzione di questi edifici e nelle domande edilizie, quando si fissa la ripartizione dello spazio, si parte dall'idea che i rifugi vengono utilizzati in modo polivalente. Oggi, essi vengono soprattutto usati come cantine.

Lo stesso vale per i rifugi situati in imprese artigianali. Per quanto concerne i rifugi situati in edifici pubblici e i rifugi pubblici, è invece senz'altro immaginabile che una superficie più grande venga permanentemente tenuta libera, già equipaggiata, per servire in caso di bisogno immediato. A tale scopo dovrebbe essere riservato, a seconda dell'ubicazione dei rifugi, il 50% della superficie.

Un approntamento immediato dei rifugi è certamente auspicabile.

▲ Come pensa che sarebbe meglio risolvere la questione della consegna dell'equipaggiamento personale per tutta la durata del servizio di PCI; chi dovrebbe secondo Lei assumersi l'organizzazione a livello nazionale e chi le spese?

L'ideale sarebbe che l'equipaggiamento personale venisse consegnato ad ogni persona obbligata a servire nella protezione civile come se fosse di sua proprietà e non soltanto «prestato» e «in quanto necessario», come recita l'articolo 64 capoverso 2 della legge sulla protezione civile. Così la protezione civile sarebbe più rapidamente pronta ad intervenire. Il comune responsabile dell'organizzazione dovrebbe assumersi i costi. Penso che varrebbe la pena di fare un tentativo.

Qualora si ritenga opportuno consegnare ai membri della protezione civile tutto l'equipaggiamento o parti di esso oppure equipaggiare addirittura tutta la popolazione, sarei certamente favorevole a questa soluzione. Per quanto riguarda l'attribuzione delle spese, la si potrà definire soltanto quando se ne conoscerà l'entità. Non escludo comunque anche un'eventuale partecipazione alle spese da parte del singolo cittadino.

La legislazione federale prevede già oggi che le persone tenute a prestare servizio nella protezione civile ricevono gratuitamente l'equipaggiamento personale; si dovrebbe perciò senz'altro esaminare la possibilità di tenere questi oggetti anche a servizio finito e di portarli a casa. In questo caso, non si potrebbe probabilmente fare a meno di creare un'organizzazione di arsenali che copra tutta la Svizzera. Bisognerebbe allora esaminare se gli arsenali già esistenti possono assumere i nuovi compiti e i costi che ne deriverebbero. Occorrerebbe assolutamente evitare di creare nuove strutture che si facciano concorrenza tra di loro. È tuttavia possibile che, in certe regioni del paese, debbano venir create delle organizzazioni complementari a organizzazioni già esistenti.

Nessuna risposta.

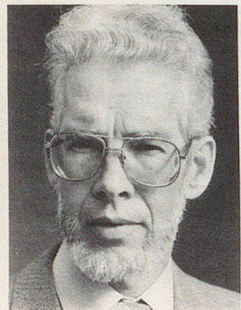
▲ Che cosa pensa dell'idea di dotare di armi le OPC?

Per quanto riguarda un eventuale armamento della protezione civile, lo vedo al massimo per il servizio di sorveglianza, e solo quando questo è chiamato a svolgere compiti di sorveglianza e comunque solo in collaborazione con gli organi di polizia. Al momento dell'incorporazione e dell'intervento non bisognerà dimenticare gli ex-membri della polizia.

Dal punto di vista attuale della protezione civile e dell'odierna struttura dell'esercito, ritengo giusto che la protezione civile non sia dotata di armi. Il suo compito fondamentale non dev'essere soppiantato da compiti di combattimento. La protezione civile dev'essere a disposizione come organizzazione anche in caso di occupazione.

L'idea di dotare di armi le organizzazioni di protezione civile (OPC) non entra, a mio parere, in linea di conto neanche se è destinata unicamente all'autodifesa.

Vedi la premessa.



Otto Zwygart
Consigliere
nazionale (PEP/BE)

▲ In che modo pensa che vada rielaborato o modificato l'art. 1 della legge federale sulla protezione civile?

È senza dubbio necessaria una rielaborazione del capoverso 3 per definire meglio l'impiego della protezione civile in tempo di pace. Si deve anche compiere uno sforzo per facilitare le prestazioni di soccorso in caso di catastrofe, tenuto conto della densità degli abitati.

▲ Quali settori della protezione civile andrebbero secondo Lei potenziati in considerazione delle nuove forme di minaccia poste dalla civiltà attuale e in che ordine di priorità?

Secondo me restano ancora da risolvere soprattutto quei problemi determinati dalla mobilità della società attuale. Se consideriamo la distanza spaziale tra domicilio e posto di lavoro e quella tra luogo di produzione e di consumo, constatiamo che le grandi e ininterrotte arterie stradali possono avere conseguenze disastrose. Gli incidenti tecnici nelle grandi industrie e, anche se forse ancora lontana, la morte dei boschi purtroppo non sono delle utopie.

CVP
Schweiz

Partito democratico-cristiano popolare svizzero

Il termine «difesa nazionale» nel capoverso 1 va sostituito con quello di «difesa integrata». Al capoverso 3 dev'essere attribuito lo stesso valore del capoverso 2. Siamo del parere che in futuro la protezione civile debba essere potenziata per conseguire una migliore protezione in caso di catastrofi. Dopo i gravi danni provocati dalle intemperie nei cantoni di Uri, Grigioni e Vallese e dopo le catastrofi di Cernobyl e di Schweizerhalle, riteniamo più necessaria e urgente che mai una nuova redazione dell'articolo 1 nel modo sopra indicato.

Dal punto di vista dell'organizzazione è necessario potenziare i settori dell'allarme (più sirene/telecomando delle sirene), della prontezza d'intervento di determinati rami della protezione civile (servizio di protezione AC), dell'informazione (per esempio indicare alle casalinghe i possibili pericoli). Per quanto riguarda l'istruzione, occorre migliorare ancora quella dei quadri.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Gruppo PRD

Considerate le nuove forme di minaccia poste dalla civiltà attuale è necessario esaminare la possibilità di un maggiore impiego della protezione civile anche per le catastrofi in tempo di pace. Il tal caso, l'articolo 1 della legge dovrebbe contemplare l'aiuto in caso di necessità come compito secondario. Questo non modificherebbe in nessun modo il fatto che la protezione civile è una componente della difesa integrata.

È necessario migliorare innanzitutto tutti quei settori che richiedono un rapido intervento da parte della protezione civile. Lo scopo prioritario dev'essere quello di potenziare il sistema di allarme, poi quello di migliorare l'istruzione e quindi quello di confrontare maggiormente i quadri con la problematica del caso di catastrofe. Sarebbe inoltre auspicabile favorire la partecipazione delle donne.

LdU

Gruppo AdI

A nostro parere la protezione civile così com'è adesso è troppo incentrata su un eventuale caso di conflitto armato. Il quadro della minaccia è cambiato: oggi sono le catastrofi industriali e ambientali che minacciano l'umanità in misura sempre crescente. Di queste esigenze si dovrebbe tener conto maggiormente nei settori dell'istruzione e dell'organizzazione.

L'Anello degli Indipendenti considera soprattutto le catastrofi industriali e ambientali come forme gravi di minaccia. È quindi necessario che il servizio di protezione AC sia meglio organizzato per risolvere i problemi attuali. Riteniamo inoltre che anche l'organizzazione dell'allarme nel suo insieme abbia bisogno di miglioramenti. Pure l'istruzione del servizio pionieri e antincendio e di tutti gli altri settori dovrà tener conto maggiormente delle nuove forme di minaccia.

SVP
UDC

Gruppo UDC

L'espressione difesa nazionale va sostituita con quella di difesa integrata. Bisogna sottolineare che la protezione civile rappresenta il mezzo di sopravvivenza per eccellenza. Inoltre l'espressione «può» contenuta nel capoverso 3 va sostituita con un'altra più vincolante.

L'UDC incoraggia il potenziamento della protezione civile a tutti i livelli e in particolare l'allestimento di mezzi finanziari sufficienti nonché il rapido e completo miglioramento dell'istruzione. È inoltre necessario un maggiore coinvolgimento delle donne nell'istruzione. Dal punto di vista organizzativo è indispensabile una maggiore disciplina. La protezione civile dev'essere provvista dell'equipaggiamento e dell'istruzione necessari anche per affrontare le catastrofi civili. Vanno anche esaminate ulteriormente le relative proposte contenute nello «Studio Bubenbergh» della Società bernese degli ufficiali.

▲ Qual è il Suo parere in merito all'approntamento immediato dei rifugi pubblici e privati per la loro occupazione e in che misura ritiene che questi rifugi si dovrebbero tenere liberi per l'occupazione immediata?

Le catastrofi degli ultimi anni hanno dimostrato la necessità di disporre di rifugi che possano venir occupati nel giro di poche ore. Si deve quindi modificare la legge in modo che i rifugi privati siano disponibili al 50% e quelli pubblici al 75%.

Per i rifugi privati deve restare la possibilità di utilizzarli in tempo di pace. Infatti dal punto di vista economico sarebbe insostenibile l'idea di non utilizzare per anni i rifugi privati. Invece i rifugi pubblici e i rifugi situati negli edifici pubblici dovrebbero in futuro essere lasciati liberi per l'occupazione immediata. A tal scopo sarà opportuno contrassegnarli corrispondentemente.

Oggi la maggior parte dei rifugi è pronta ad essere occupata in un breve lasso di tempo. L'utilizzazione in tempo di pace è stata voluta dal legislatore e risponde ad una necessità politico-economica. Sarebbe da esaminare eventualmente in che misura i rifugi pubblici e i rifugi situati in edifici pubblici possano essere tenuti liberi per eventuali sorprese.

L'approntamento immediato dei rifugi per la loro occupazione ci sembra attualmente una necessità inderogabile. Sarà quindi inevitabile limitare notevolmente le altre eventuali utilizzazioni dei rifugi i quali, secondo noi, dovrebbero essere in linea di massima pronti all'occupazione.

Considerato che i tempi di preallarme militari diventano sempre più brevi e che gli eventi civili che rendono necessaria un'evacuazione sono sempre più frequenti, è senz'altro opportuno considerare seriamente la questione dell'immediato o, almeno, molto più rapido approntamento dei rifugi per la loro occupazione. D'altra parte ci sembra esagerato dover tener liberi tutti i rifugi in ogni momento (mancanza di spazio). L'UDC si aspetta che le istanze responsabili presentino presto un rapporto sulla situazione effettiva e le relative proposte di miglioramento. In particolare, sarebbe da esaminare la proposta dell'approntamento graduale dei rifugi.

▲ Come pensa che sarebbe meglio risolvere la questione della consegna dell'equipaggiamento personale per tutta la durata del servizio di PCi; chi dovrebbe secondo Lei assumersi l'organizzazione a livello nazionale e chi le spese?

Sono del parere che si debba consegnare personalmente soltanto la maschera protettiva. Quest'idea destinata a creare un clima di fiducia secondo il motto: «Ai soldati il fucile, alla PCi la maschera protettiva» non dev'essere però sopravvalutata perché anche così non tutte le persone sarebbero equipaggiate adeguatamente (penso per esempio ai bambini) e perché per molte sostanze tossiche allo stato gassoso non esiste comunque una protezione sufficiente.

Come obiettivo a lungo termine siamo favorevoli alla consegna dell'equipaggiamento personale per tutta la durata del servizio di PCi. Non lo consideriamo però come scopo prioritario. Come soluzione transitoria proponiamo che le formazioni di picchetto ricevano l'equipaggiamento completo (risparmio di tempo in caso d'intervento). I costi dovrebbero essere assunti dai cantoni, almeno a lungo termine (anche grazie a sussidi federali).

L'obiettivo a lungo termine sarebbe quello di effettuare la consegna dell'equipaggiamento personale analogamente a quanto avviene all'entrata in servizio nell'esercito. In tal caso, i comuni sarebbero responsabili dell'organizzazione, mentre la Confederazione dovrebbe assumersi i costi. A breve termine, la realizzazione di quest'obiettivo non è possibile per ragioni finanziarie e organizzative.

In principio, l'equipaggiamento personale dev'essere dato in consegna per tutta la durata del servizio, in modo da evitare problemi durante il periodo di servizio. L'organizzazione della consegna spetta all'Ufficio federale.

Considerato che i tempi di preallarme militari diventano sempre più brevi (vedi la risposta alla domanda 3), riteniamo opportuno che l'equipaggiamento venga consegnato personalmente. Il problema dei cambiamenti d'incorporazione non dovrebbe essere di difficile soluzione. I comuni, rispettivamente i cantoni dovrebbero continuare ad occuparsi dell'organizzazione, come hanno fatto fino ad oggi. Lo stesso vale anche per quanto riguarda le spese.

▲ Che cosa pensa dell'idea di dotare di armi le OPC?

Penso che le armi debbano essere utilizzate solo da persone esperte (polizia, militari). Il pericolo di un'isteria collettiva potrebbe essere più grave di quello rappresentato per esempio dalla minaccia del terrorismo. In tempo di guerra poi, le persone armate perderebbero la protezione di cui godono quelle disarmate secondo il diritto di guerra.

In conformità all'articolo 1 della legge sulla protezione civile, quest'ultima non ha compiti di combattimento. Si deve assolutamente mantenere questo principio. In tempo di pace la protezione civile deve prestare soccorso in caso di catastrofi e in tempo di guerra deve assicurare la protezione delle persone e dei beni. Anche in futuro i membri della protezione civile dovranno essere preparati e istruiti a questi compiti.

Già oggi l'articolo 36a della legge sulla protezione civile prevede che persone obbligate a servire nella protezione civile possano essere messe a disposizione della polizia. Quindi l'idea di dotare di armi la protezione civile non s'impone certamente neanche da questo punto di vista.

A suo tempo il legislatore si è dichiarato espressamente contrario all'idea di dotare di armi la protezione civile. Una proposta simile aggraverebbe ulteriormente il problema dell'istruzione. La protezione dalla minaccia criminale e terroristica è essenzialmente compito degli organi di polizia. Per aiutare questi ultimi, la legge prevede già oggi il passaggio di membri della protezione civile alla polizia, la quale eventualmente può dotarli di armi.

L'Anello degli Indipendenti è assolutamente contrario all'idea di dotare di armi la protezione civile. Il tal modo non si farebbe che incoraggiare la tendenza al rifiuto di servire nella protezione civile. Inoltre già nella risposta alla domanda 1 abbiamo fatto presente che l'Anello degli Indipendenti auspica un mutamento negli obiettivi della protezione civile. Vorremmo aggiungere che il nostro partito è contrario per principio ad ogni militarizzazione della società.

Nell'ambito della difesa integrata, la protezione civile rappresenta il mezzo di sopravvivenza per eccellenza. L'idea di dotare di armi le OPC presenta molti problemi dal punto di vista del diritto internazionale, perché le OPC perderebbero il loro stato «civile» di fronte al nemico. Anche dal punto di vista militare questo genere di autoprotezione non va sopravvalutato. È invece più opportuno dedicare il periodo d'istruzione già così limitato al compito fondamentale della protezione civile.

▲ Welche Bereiche des Zivilschutz sind angesichts der neuen zivilisatorischen Bedrohungsformen auszubauen und in welche Prioritätenfolge setzen Sie diese?

Fortsetzung von Seite 6

werden. Vorerst sollten Illusionen abgebaut werden. Was dann bleibt, ist ein Zivilschutz, der im Kriegsfall einen Sinn hätte, aber keinerlei Schutz gegen Atombomben bieten würde. Vermutlich ist aber nicht der Kriegsfall, der ja die Endlösung der Menschheit bedeuten könnte, die akute Bedrohung, sondern der zivile Katastrophenfall. Der Bundesrat hat in einer Interpellationsbeantwortung vom 9. Juni 1987 zugegeben, dass beispielsweise bei einer Reaktorkatastrophe in einem Atomkraftwerk Schutzräume gegen Radioaktivität keinen Schutz bieten können. Deshalb meine ich, wir müssten von der Bunkermentalität wegkommen und den Zivilschutz zu einem eigentlichen Katastrophenhilfscorps umfunktionieren. Wir haben dieses Jahr in Uri, im Puschlav oder im Veltlin erlebt, was uns inskünftig an Umweltkatastrophen erwarten könnte. Die Folgen von Umweltkatastrophen könnten sich in Zukunft häufen, weshalb wir uns darauf vorzubereiten haben. Noch wichtiger ist natürlich die Vermeidung, das heisst die Ursachenbekämpfung von solchen Katastrophen. Aber die real existierende Wirklichkeit ist uns diesen Sommer praktisch vor demonstriert worden.

▲ Compte tenu des nouvelles formes de menace sur les populations civiles, quels secteurs de la protection civile faut-il élargir et dans quel ordre de priorité les proposez-vous?

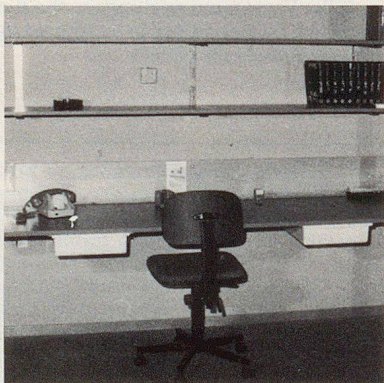
Suite de la page 12

la sécurité absolue et sur la capacité de maîtriser le cas de catastrophe aussi bien civile que militaire. Si l'on veut être réaliste, on doit admettre que la fonction de protection de la PC est limitée. A mon avis il faut inverser la question par laquelle vous demandez comment et où la protection civile doit encore être développée. Il convient tout d'abord de supprimer les illusions que l'on se fait. Ce qui restera, c'est une protection civile qui aurait sa raison d'être en temps de guerre, mais qui n'offrirait aucune protection contre les bombes atomiques. Mais selon toute vraisemblance ce n'est pas le cas de guerre qui peut constituer la solution finale pour l'humanité, la menace aiguë, mais bien le cas de catastrophe civile. Dans sa réponse du 9 juin 1987 à une interpellation, le Conseil fédéral a admis que les abris ne peuvent offrir aucune protection par exemple contre la radioactivité résultant de la catastrophe d'un réacteur dans une centrale atomique. Voilà pourquoi je pense que nous devrions nous sortir de notre mentalité de «bunker» et transformer la protection civile, pour en faire un véritable corps de secours en cas de catastrophe. Nous avons expérimenté cette année dans le canton d'Uri, à Poschiavo et dans la Valteline, ce à quoi nous pourrions nous attendre en matière de catastrophe écologique. Les conséquences de ce genre de catastrophe pourraient s'accumuler à l'avenir, raison pour laquelle nous devons nous y préparer. Il est, bien entendu, plus important encore d'éviter de telles catastrophes, c'est-à-dire, de lutter contre les causes de celles-là. Mais la réalité telle qu'elle existe vraiment nous a été présentée pratiquement comme une démonstration cet été.

▲ Quali settori della protezione civile andrebbero secondo Lei potenziati in considerazione delle nuove forme di minaccia poste dalla civiltà attuale e in che ordine di priorità?

Segue da pagina 18

ta. La domanda relativa al come e al dove la protezione civile debba essere potenziata secondo me va capovolta. Prima di tutto bisogna eliminare le illusioni. Quello che rimane allora è una protezione civile che avrebbe senso in caso di guerra, ma che non potrebbe proteggere in alcun modo dalle bombe atomiche. Si può però presumere che la minaccia acuta non ci venga dalla guerra, il che significherebbe la distruzione dell'umanità, ma da una catastrofe civile. Il 9 giugno 1987, rispondendo a un'interpellazione, il Consiglio federale ha ammesso che i rifugi non possono proteggere, ad esempio, dalla radioattività che si svilupperebbe in caso di catastrofe al reattore di una centrale atomica. Ritengo perciò che dovremmo abbandonare la «mentalità dei bunker» e trasformare la protezione civile in un vero e proprio corpo di aiuto in caso di catastrofi. Abbiamo vissuto quest'anno, nel canton Uri, nel Poschiavino e in Valtellina quali catastrofi naturali possono colpirci in futuro. Le conseguenze di queste catastrofi naturali potrebbero accumularsi in futuro e noi dovremmo perciò prepararci per questa eventualità. Ancora più importante è, ovviamente, evitare queste catastrofi, cioè combatterne le cause. Ma la scorsa estate ci ha mostrato quale sia la realtà esistente. ▲



Mit Schubladen...

hostramobiliar

KP-Arbeitsplätze in TWO-Anlagen und für QKP, Büro Chef BSO usw. Nach BZS-Bestimmung montiert.

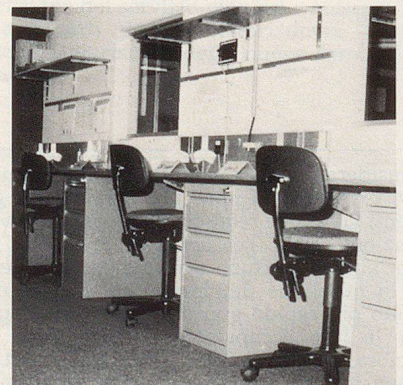
Wir haben immer eine Idee mehr...

Heute zum Beispiel:

Schreibtischschubladenblöcke und Bürodrehstühle

Verlangen Sie unseren Berater und/oder den hostra-Möblierungsordner mit Zubehör bei:

Hochstrasser AG, Eichwiesstrasse 9
8630 Rüti ZH, Telefon 055 31 17 72



... oder Schubladenblock